

„Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz“ – Kurzprotokoll zur FNPA-Veranstaltung 07./08. 09. 2018

Das *Forum Neue Politik der Arbeit* hat 2010 angesichts von Weltfinanz- und drohender Weltwirtschaftskrise dazu aufgefordert, die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft neu zu denken und eine Debatte um eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* begonnen. Die ist nach wenigen Jahren steckengeblieben. Vor dem Hintergrund unserer zum Teil durchaus ernüchternden Erfahrungen hat die *Wirtschaftsdemokratische Offensive* der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz unsere Aufmerksamkeit geweckt. Beschlusslage und Aktionsplan der SP Schweiz bestätigen uns nicht nur in der Annahme, dass das Thema nach wie vor aktuell ist. Sie veranlassen naheliegender Weise auch zu der Frage nach näheren Informationen zu und Gründen für diese Entwicklung in der Schweiz. Solche Fragen - und die Hoffnung, selbst neue Impulse erhalten zu können - waren also der Anlass für unsere Veranstaltung. Die Referate – unser kurzes Impulsreferat und das erhellende Referat der Schweizer Genossen -präsentieren wir im Rahmen dieser Tagungsdokumentation. Das nachfolgende Kurzprotokoll zu unseren lebhaften und konstruktiven Debatten kommt hinzu.

Es gab viele Diskussionsbeiträge zu sehr unterschiedlichen Facetten des Themenfeldes. Wir können sie hier unmöglich vollständig wiedergeben. Wir bündeln die Debatte in diesem Protokoll vielmehr zu den aus unserer Sicht wichtigsten Themenschwerpunkten. Diese sind:

- Gründe für die steckengebliebene Debatte hier,
- Fragen zu (Hinter)Gründen für den programmatischen, und in Teilen auch praktischen Erfolg der *wirtschaftsdemokratischen Offensive* der SP Schweiz,
- Überlegungen zu den Unterschieden zwischen einer eher engen, gewerkschaftlich orientierten wirtschaftsdemokratischen Debatte und einem eher weiten politischen Ansatz, der *Demokratie* (in Wirtschaft und Gesellschaft) *als sozialdemokratisches Hegemonieprojekt* versteht und
- Schließlich erste Schlussfolgerungen aus diesem Erfahrungsaustausch für denkbare nächste Arbeitsschritte hier – zunächst im Rahmen des FNPA, vielleicht aber auch darüber hinaus ausstrahlend.

Warum ist die Debatte hier so rasch steckengeblieben?

Diese Frage wurde in einer ganzen Reihe von Diskussionsbeiträgen angesprochen – insbesondere im Hinblick auf das Ergebnis der Arbeit der *AG Wirtschaftsdemokratie* beim ver.di-Vorstand, aber auch im Hinblick auf den Versuch, die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft aus der *Kurswechseldebatte der IG Metall* heraus dort zu einem perspektivisch orientierenden Thema zu machen:

- In *der AG-Wirtschaftsdemokratie* bei ver.di hätten wir uns zu sehr auf die vom Alltag der Menschen entfernten Fragen der Regulierung der Finanzwirtschaft sowie alternativer Vorschläge zur Steuerung wirtschaftlicher Entscheidungen fokussiert. „Wir haben“, so ein Diskussionsbeitrag, „Wirtschaftsdemokratie klassisch ausbuchstabiert“, eher von der Theorie her. Auch Tarifpolitik und Mitbestimmung haben sicherlich mit Wirtschaftsdemokratie zu tun; aber das ist von uns nicht zureichend entwickelt worden.“
- Wir hätten zwar auch versucht, an Kampagnen von ver.di anzuknüpfen, die – etwa in der Tarifpolitik – auf eine Mobilisierung der Mitgliedschaft zielten. Es sei uns aber nicht gelungen, am Alltag der Menschen anzuknüpfen und sichtbar zu machen, dass und wie der zunehmend durch stetig forcierte Marktzwänge geprägt wird.
- Dies aber sei erforderlich, wenn man über eine pragmatische Orientierung auf eine Stärkung bzw. den Ausbau bestehender Mitbestimmungsrechte hinaus wolle.
- Die *Kurswechseldebatte* der IG Metall sei so geendet, wie sie geendet ist, weil zum einen die exportorientierten Branchen der deutschen Wirtschaft nach der Weltfinanzkrise zu den Gewinnern der weiter im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung gehört hätten und weil die IG Metall, wie alle Gewerkschaften, sich deutlich in der Defensive gesehen hätte - unbeschadet ihrer weiterhin forcierten Beteiligungsansätze.
- „Wir hatten“, so ein Diskussionsbeitrag, „mit unserem Ansatz keine Chance, die Leute zu erreichen, denn es gab ein erlahmendes Interesse auf der Funktionärssebene. Der einzige, der den Ansatz bei der IGM nicht aufgegeben hat war Hartmut Meine. Was so bleibt, ist eine gewisse Ratlosigkeit.“
- Gegen solche Ratlosigkeit an wurde aber auch argumentiert: „Bei innerbetrieblicher Mitbestimmung geht es um Demokratie, und die Demokratisierung von Arbeit ist sehr zentral. Man muss das Potenzial der Menschen ernst nehmen und Demokratisierung von unten denken.“

Zu den Hintergründen und spezifischen Bedingungen der *wirtschaftsdemokratischen Offensive* der SP Schweiz

Der Vortrag von Cédric Wermuth und Pascal Zwicky wurde mit sehr großem Interesse aufgenommen. Er löste zunächst zahlreiche Fragen danach aus, wie viel darin Beschlusslage und Programm und wie viel bereits Umsetzung des Aktionsplans sei. Und eng verknüpft damit ging es weiter darum, welche besonderen Traditionen und Bedingungen in der Schweiz man kennen müsse, um die im Vortrag umrissene Entwicklung angemessen verstehen zu können. In geraffter Form kann man die Antworten auf diese Fragen vielleicht wie folgt zusammenfassen:

- Historisch sei für die Schweiz prägend: „Die Demokratie kam vor dem Klassenkampf. 99% der Menschen sind für die direkte Demokratie. Und die direkt-

demokratischen Elemente der Schweizer Verfassung (Swirklichkeit) sind hilfreich. So entstehen kreative Vorstellungen dazu, worüber man abstimmen könnte.“ Sicherlich habe das alles auch seine konservative Seite - z.B. sichtbar am erst 1971 eingeführten Frauenwahlrecht -; aber die Schweizer Konkordanzdemokratie – also die ganz große Koalition aller im Bundesrat vertretenen Parteien seit den 1950er Jahren - schaffe eben, zusammen mit den plebiszitären demokratischen Traditionen, auch spezifische Spielräume für die Sozialdemokratie in der mehrheitlich bislang immer konservativen Schweiz: „Von einer Mehrheit sind weit entfernt, aber wir sind aus dem Tief heraus. Wir versuchen, die herrschende Politik aufzubrechen.“

- Das Programm der SP Schweiz habe seit deren Gründung 1888 immer über den Kapitalismus hinaus gezielt. Der Versuch, das zu ändern habe Debatten ausgelöst, und „*Programmatisch*“ sind wir in den letzten zehn Jahren immer weiter nach links gerückt.“ Das habe Gründe, die auch in der demokratischen Tradition des Landes lägen. Es sei z.B. in der SP Schweiz ganz normal, dass die Parteiführung mit eigenen Vorschlägen auf Parteitag scheidet. Demokratie bedeute eben Meinungsstreit. Niemand würde wegen einer Abstimmungsniederlage zurücktreten.
- Es gebe in der Schweiz keine Parteienfinanzierung und keine Parteistiftungen wie in Deutschland. Also habe man nur einen sehr kleinen Parteiapparat. Doch aus solcher Schwäche habe man auch eine Stärke machen können. Die Entwicklung des, von der Partei unabhängigen ‚Denknetz‘ mit inzwischen bemerkenswertem Output – gemessen daran, dass dort gerade einmal drei Leute zu 90 Prozent finanziert seien - sei dafür ein Beispiel. Auch verstehe man sich unter solchen Rahmenbedingungen nicht so leicht als Berufspolitiker.
- Die plebiszitären Traditionen hätten Einfluss auf die parlamentarische Praxis - und sie seien bedeutsam für aktuelle Erfolge der Sozialdemokratie: „politisch ist das zentrale ‚die Feststellung der Negation‘. Wir gewinnen seit zehn Jahren jeden Abwehrkampf“ (z.B. bei der Verhinderung weiterer Steuerprivilegien für die Finanz- oder Pharmaindustrie). Andererseits würde man mit wirtschaftsdemokratischen Steuerungsvorschlägen mit Sicherheit bei jedem Plebiszit in der konservativen Schweiz scheitern. Da seien die Positionen klar.
- Aber: „es gibt in der Schweiz *eine lange Pharma-kritische Tradition*, noch aus der 68er Bewegung heraus.“ In den 90er Jahren sei da eine ‚Übersetzung‘ in die Gewerkschaften hinein gelungen. Die Gründung der UNIA sei dann sehr wichtig gewesen. ‚Die hat es tatsächlich geschafft, eine internationale Perspektive zu entwickeln. Und der frühere Vorsitzende der Chemiegewerkschaft, die heute zur Unia gehöre, sei einer der Gründer des ‚Denknetz‘ gewesen und heute ganz aktiv an der Initiative ‚Toxic Pharma‘ beteiligt.
- Generell könne man in Bezug auf die Gewerkschaften wohl sagen: „Die Reaktionen der Gewerkschaften auf unsere *wirtschaftsdemokratische Offensive* sind gemischt. Sie sind nicht immer die progressivsten. In der UNIA gib es aber eine positive Resonanz. Allerdings nimmt die Begeisterung mit der Höhe der Hierarchie ab.“ Und weiter: „Die Gewerkschaften sind auch in der Schweiz

mitgliedermäßig geschwächt, aber politisch so stark wie nie. – u.a. wegen ihrer Ablehnung von Beitrittsverhandlungen zur EU. Dass Tarifverträge über 50% der Arbeitsverhältnisse regelten, hat es noch nie gegeben.“

- Man dürfe schließlich auch nicht übersehen, dass die Schweiz eben ein kleines Land sei: „Die Trennung zwischen Partei, Gewerkschaft, Greenpeace usw. gibt es nicht so wie bei Euch. Man trifft immer die gleichen Leute.“

Wirtschaftsdemokratische Zuspitzung oder *Demokratie als sozialdemokratisches Hegemonieprojekt?*

Die *wirtschaftsdemokratische Offensive* der SP Schweiz in der Form, dass *Demokratie als sozialdemokratisches Hegemonieprojekt* zu entfalten versucht wird, hat einige Anfangsirritationen und dann eine sehr lebhaftete Debatte ausgelöst. Auch dazu eine knappe und pointierte Zusammenfassung:

- Der Vortrag werfe die Frage auf: „Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie? Das wird immer unklarer: (a) Legen wir den Akzent auf Steuerung, Mikro-Makro? So argumentiert heute auch John Mc Donnell von der Labour-Party. Oder geht es (b) um eine Ausweitung auf ein linkes Hegemonieprojekt?“ Wirtschaftsdemokratie werde zu einem ‚Catch-it-all-Begriff‘. Zu fragen sei: „Auf welche Kämpfe und Akteure beziehen wir uns – auf Lohnarbeit oder auf alle möglichen sozialen Kämpfe?“ Der Zugang zur Demokratiefrage werde erst einmal immer nebulöser. „Angesichts der Krise der Repräsentation ist das aber eine drängende Frage.“
- An den Vortrag wurde aber auch ganz ausdrücklich positiv angeknüpft: „Was mir recht gut gefällt, ist, dass ihr von konkreten Interessen ausgegangen seid. Ihr erhebt nicht den Anspruch auf einen geschlossenen Gegenentwurf.“ Oder: „Was mir gefällt ist, dass der Ansatz der Schweizer umfassend und politisch ist. Für Gewerkschaften ist das eine allgemeine Orientierung, aber es geht in der *Wirtschaftsdemokratischen Offensive* der SPS nicht um das Spezifikum der Gewerkschaften.“
- Die Antworten der Referenten lassen sich wie folgt zusammenfassen: Es gehe ihnen um eine radikale Demokratie. Damit seien sie in einer anderen Diskussion in Deutschland auf Skepsis gestoßen; aber In der Schweiz sei Demokratie positiv konnotiert. Ihre Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, nicht zuletzt den Rechtspopulismus, sei die Vertiefung der Demokratie, und „die Demokratiefrage - *starke Demokratie* - hat sich im Laufe der letzten Jahre immer stärker zu einem Hegemonieprojekt entwickelt.“ Dieser Antwortversuch habe sicherlich auch damit zu tun, dass man Kernpunkte enger gefasster wirtschaftsdemokratischer Forderungen mit Aussicht auf Erfolg nicht direkt angehen könne.
- Insofern sei das aktuelle sozialdemokratische Hegemonieprojekt sowohl ein „Umgehungsversuch“, als auch ein offensiver Ansatz. Es gehe ihnen um die Deutungshoheit der Linken, deshalb zunächst um einen anderen, eigenen

Diskurs. Ihr Problem sei allerdings schon, bei aller erfreulichen Programmatik, dass es keine bzw. noch zu wenige praktische Anknüpfungspunkte gebe. Somit gelte dann eben auch für sie: Die Widersprüche sind die Hoffnung.

- Aber man sei in vielen Dingen, etwa bei der Regulierung des Arbeitsmarkts, noch nicht so weit. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, in den Niederlanden sei man – Stichwort Care-Arbeit - im Pflegebereich mit demokratischen Strukturen relativ weit. Das versuchten sie aufzugreifen,; ebenso bei der Frage der Finanzierung von Langzeitpflege.
- Ein Vorteil sei weiter, dass die bei der politischen Linken oft nachgeordnet behandelte Ökologiefrage im Positionspapier der SP Schweiz angemessen berücksichtigt, wenn auch – wie die die Internationalisierung der praktischen Herausforderungen, siehe aber die Positionen zu Toxic Pharma und Pflegearbeit - schwer konkretisierbar seien. Oder in den Worten eines deutschen Diskussionssteilnehmers: „Man weiß, was bis 2050 erreicht sein muss, wenn man die gesteckten Klimaziele erreichen will. Wir sehen aber alle, dass das nicht richtig zum Tragen kommt. Ihr zeigt da Ansatzpunkte auf. Man muss weiter darüber nachdenken, wie man die soziale und die Klimafrage miteinander verknüpfen kann.“

Erste, noch sehr vorläufige Schlussfolgerungen aus unserem Erfahrungsaustausch

Mit dem Versuch, Schlussfolgerungen aus unserer Debatte zu ziehen, konnten wir im Rahmen unserer Veranstaltung sicherlich nur einen ersten Schritt tun. Dieses Kurzprotokoll präsentiert daher zunächst einmal Fragen und – in Stichworten und groben Umrissen - erste Überlegungen zu der Richtung, in die wir weiterarbeiten wollen.

- Einigkeit bestand darin, dass es darauf ankomme, „Kapitalmacht aus der Perspektive der Arbeitsinteressen zurückzudrängen“. Allerdings blieb zunächst strittig, ob das Ziel einer Zurückdrängung von Marktabhängigkeit schon hinreichend dadurch deutlich gemacht werden könne, dass man neben der Forderung nach Selbstbestimmung „den Begriff der Lohnabhängigkeit wieder stark mache“, weil er „auf marktvermittelte Abhängigkeitsverhältnisse“ verweise - und zugleich auf den Gegenpol der Kapitalmacht. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf Schweizer Demonstrationen zu Care-Arbeit – einen dort anders gefassten Begriff -, auf denen die Parole lautete: „Kapitalismus ist das, was Dich am Leben Deiner Freiheit hindert“, worüber auch der Klassenbegriff wieder ‚ins Spiel‘ komme.
- Strittiger war der Versuch, Wirtschaftsdemokratie zu einem ‚Catch-it-all-Begriff‘ zu machen, gab es kontroverse Auffassungen. Sie reichten von: „Mit Demokratie scheitern wir genauso“, wie mit unserem engeren wirtschaftsdemokratischen Ansatz, bis hin zu: „starke Demokratie als weit gefasster Ansatz

ist vielleicht doch nicht so abstrakt." Jedenfalls komme es darauf an, „die verschiedenen Ansatzpunkte zusammenzudenken und die Leute mitzunehmen.“

- Auch der neu gestärkte deutsche Krisenkorporatismus und die sehr pragmatische Orientierung der deutschen Gewerkschaften auf die Mitbestimmung als tragfähiges Lösungsangebot für die Zukunft spielten in unserer Diskussion eine Rolle. Es wurde daran erinnert, dass Werner Abelshausen in seiner Matthöfer-Biographie den Korporatismus in Deutschland – entwickelt seit der Kaiserzeit – sehr stark mache. Für ihn sei das ein verteidigungswertes Konzept, das in gewisser Weise Bestandteil der nationalen DNA sei – und für Betriebsräte und Gewerkschaften verspreche er eben immer noch mehr Handlungsmöglichkeiten, als sie viele Nachbargewerkschaften hätten. Dagegen wurde seitens unserer Schweizer Gäste kritisch gefragt und eingewandt: „Warum wird der Korporatismus in Deutschland so unpolitisch gehandhabt?“ Oder: „Immer wenn es über nationale Interessen hinausgeht, steht der Korporatismus im Wege.“
- Bei aller Sympathie für die nahezu umfassend ansetzende *wirtschaftsdemokratische Offensive* der SP Schweiz wurde eingewandt, dass das FNPA als Dialogplattform für Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaft zum einen seine spezifischen Adressaten und Funktionen nicht aus den Augen verlieren dürfe und dass zum anderen Fragen wie die nach alternativen Steuerungsansätzen im und neben dem Markt (Plan) nicht außer Acht gelassen werden dürften. Ebenso seien Fragen nach Demokratie und Politik grundsätzlich aufzuwerfen. Wenn die Schweizer von „verbindender, intersektoraler Klassenpolitik“ sprechen, verweise das auf einen empirischen Klassenbegriff, auf das Erfordernis, unterschiedliche Interessen zunächst einmal zu artikulieren und dann miteinander zu vermitteln. Das weise einige Nähe zu Hannah Arendts Verständnis von Politik als ein „Übersteigen von Interessen“ in einem „institutionell befestigten Raum der Freiheit“ auf. Die gleiche radikal-demokratische Nähe gebe es bei Arendt auch zu der Schweizer Tradition direkter Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft hingegen müsse man gegen ihre Unterscheidung von Arbeiten - Herstellen – Handeln weiterdenken.

Ein sehr vorläufiges Fazit kann vielleicht lauten:

- Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft ist in diesem Sinne etwas, was in der Tradition der Arbeiterbewegung eine geringe Rolle spielt ja der Demokratie- und der Politikbegriff sind wenig reflektiert und entfaltet.
- Für eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ in einem engeren Sinne ist und bleibt die Steuerungsfrage wichtig; aber da geht es gegenwärtig um ein Vorausdenken, nicht um eine breite Initiative.
- Wir sind in 10 Jahren (2001-2010) von Neuer (Politik der) Arbeit zu Wirtschaftsdemokratie gekommen – vor dem Hintergrund der These vom Epochenbruch.

- Wir sind mit unserer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ steckengeblieben – nicht zuletzt weil die deutsche Wirtschaft nach der Weltfinanzkrise Gewinner der neoliberalen Globalisierung geworden ist.
- Heute gibt es neue Szenarien, Umbrüche, Herausforderungen:
 - Umbrüche in Leitindustrien (Automobilindustrie),
 - Ökologische Krise (sich zuspitzend, aktuell nach einem heißen, trockenen Sommer erfahrbarer),
 - Digitale Machtverschiebungen.
- Insgesamt schlagen Marktabhängigkeiten und –Zwänge absehbar immer stärker durch. Konkurrenzhaftes Denken und Handeln wird so einerseits gefördert, während seine Grenzen für Viele immer bitterer erfahrbar werden.
- Dagegen gibt es in der Sphäre der Arbeit, unverzichtbar, die Rationalität der Kooperation der Arbeitenden, die es zur Geltung zu bringen gilt. Es geht deshalb um Demokratisierung von Arbeit und um mehr Entscheidungsrechte für die Arbeitenden.
- Es geht dabei aus deutscher Perspektive vielleicht auch um eine Stärkung und Politisierung korporatistischer Handlungsmöglichkeiten in transnationaler Perspektive – aber das nimmt sich noch fast wie die Quadratur des Kreises aus.
- All das sind Herausforderungen innerhalb eines weit aufzuspannenden gesellschaftlichen und politischen Rahmens, der hierzulande, anders als in der Schweiz, durch die Krise der repräsentativen Demokratie geprägt ist. Wirtschaftsdemokratie ist also ein spezieller, sehr wichtiger Ausschnitt in einem viel weiteren Feld.
- Damit eröffnen sich Weiterungen: Gegen die weiter profitgesteuerte Entwicklung stellt sich die Frage nach Alternativen – intersektoral und klassenverbindend.

Dieses Fazit wäre sozusagen eine Auflistung von Herausforderungen und unabwiesbaren Gesichtspunkten, die zu beachten sind, denen Rechnung zu tragen ist, wenn man es schaffen will gangbare Schritte für ein linkes politisches Projekt mit Aussicht auf breitere Resonanz zu konturieren und in die Debatte zu bringen – und das wäre ja die Funktion des FNPA. Wir denken, unser Workshop war dazu ein nützlicher Schritt. Wir werden uns anstrengen weiteren Schritten zuzuarbeiten.

Helmut Martens, September 2018

